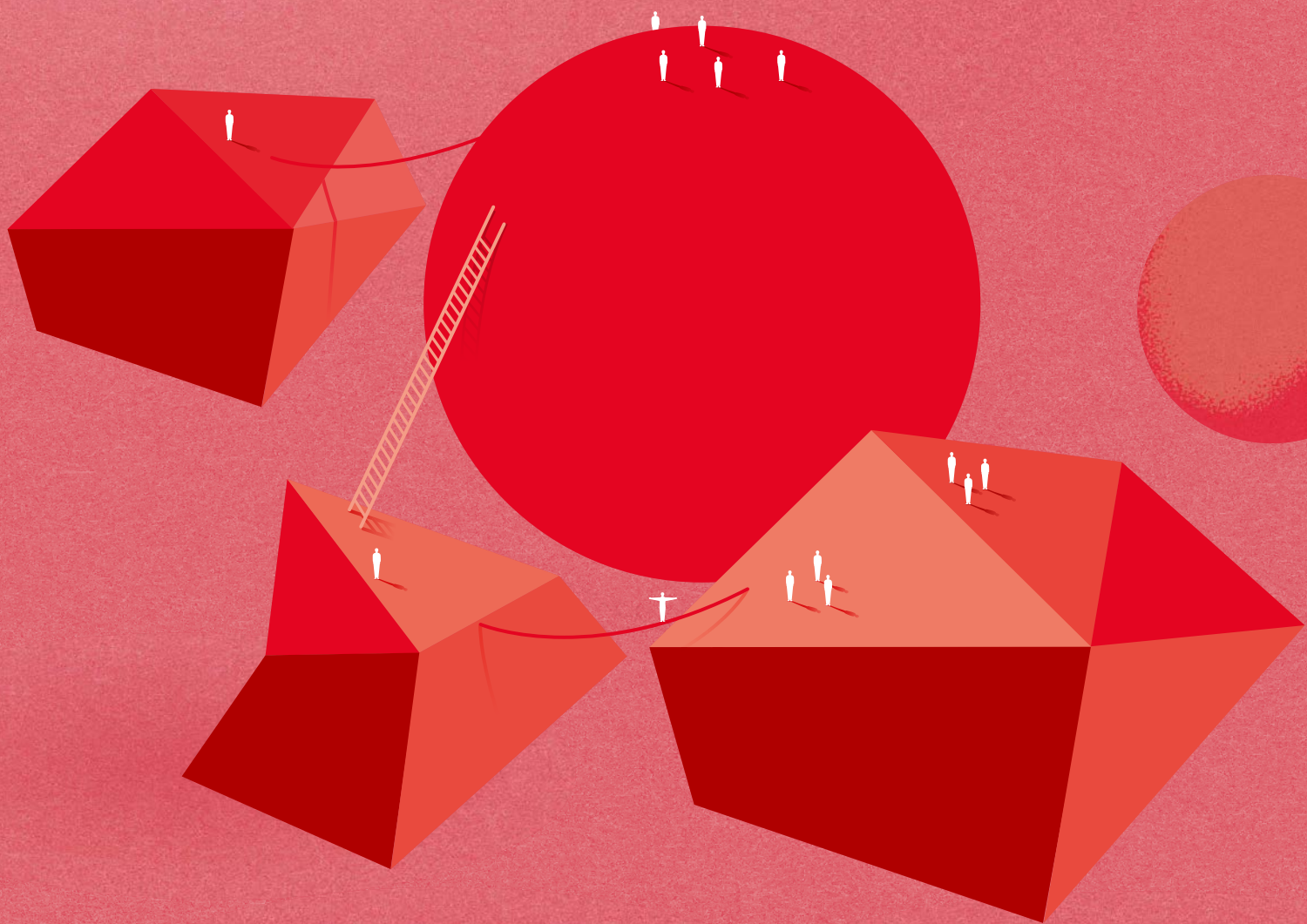


Der Wandel als Konstante

Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention
Tätigkeitsbericht April 2020 bis März 2021



Inhaltsverzeichnis

03	Vorwort
04	Die Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention
05	Beratung
10	Wissensvermittlung
16	Vernetzung und Wissensmanagement
21	Ausblick
26	Weiterführende Informationen

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser

Seit der Gründung der Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention FSEG ist der Wandel ihr stetiger Begleiter. War der islamistische Extremismus der Auslöser für die Schaffung der Fachstelle, beschäftigt sie sich mittlerweile darüber hinaus – wie geplant – mit einem breiten Feld von Extremismen und Gewaltthemen. Gegenwärtig stehen rechtsextremistische Gruppierungen und extremistische Tendenzen rund um Verschwörungstheorien im Vordergrund. Mit welchen Themen wir uns morgen auseinandersetzen werden, können wir heute höchstens erahnen.

Einen Wandel gibt es dieses Jahr auch bei der Leitung der Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention. Nach fast fünf Jahren als Leiter der FSEG übergibt Urs Allemann die mittlerweile etablierte Stelle an Serena Gut. Urs Allemann ist neu als Leiter der Abteilung Prävention und Frühintervention, die neben der FSEG auch die Suchtprävention sowie die Jugendangebote Jump und Jumpina umfasst, weiterhin für die Stadt Winterthur tätig. Ich möchte ihm an dieser Stelle herzlich für die bisher geleistete Arbeit danken und freue mich auf die künftige Zusammenarbeit mit ihm, aber auch mit Serena Gut.

Die Arbeit der Präventionsstellen findet momentan in einem herausfordernden Umfeld statt. So hinterfragen verschiedene Gruppierungen den Staat, gleichzeitig wird von anderen ein hartes Durchgreifen desselben verlangt. Prävention funktioniert aber nur, wenn die Bevölkerung Vertrauen in die entsprechenden Fachstellen hat und darauf zählen kann, dass ihre Fragen und Anliegen absolut vertraulich behandelt werden. Eine Aussage in einem früheren Tätigkeitsbericht der FSEG zeigt das sehr schön: Ein Vater wandte sich von ausserhalb der Stadt Winterthur an die FSEG und fragte um Rat im Umgang mit seiner Tochter, die zum Islam konvertiert war. Mit seinen Sorgen wollte er nicht zur Polizei: «Ich habe Bedenken, damit einen Stein ins Rollen zu bringen, der dann nicht mehr aufzuhalten ist.»

Die FSEG will auch in Zukunft eine niederschwellige Anlaufstelle sein, die unterstützt, ohne dass Beteiligte gleich drastische Folgen befürchten müssen. Dabei orientiert sie sich strikt an der sogenannten «Roten Linie» zwischen legalem und illegalem Extremismus. Die FSEG stärkt die Zivilgesellschaft und befähigt verschiedene Akteure zur Früherkennung extremistischer Tendenzen. So kann reagiert werden, bevor die Polizei eingreifen muss.

Das Vertrauen in staatliche Strukturen und demokratische Prozesse ist im aktuellen Umfeld wichtiger denn je. Ich mache mich deshalb stark für ein Winterthur, in dem Einwohnerinnen und Einwohner der Stadtverwaltung vertrauen können und wissen, wo sie sich frühzeitig Hilfe holen können. Auf dass wir auch in Zukunft friedlich zusammenleben können.

Stadtrat Nicolas Galladé

Vorsteher Departement Soziales

1. Die Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention

Der vorliegende Bericht fasst die Tätigkeiten der Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention (FSEG) der Stadt Winterthur vom 1. April 2020 bis 31. März 2021 zusammen.

Die Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention (FSEG) ist verantwortlich für das Thema Extremismus und Gewaltprävention in der Stadt Winterthur. Als niederschwellige Anlaufstelle berät sie verschiedene Zielgruppen bei Fragen rund um Gewaltprävention, Radikalisierung und Extremismus. Die Fachstelle baut Fachwissen zum Thema auf, vernetzt die relevanten Stellen innerhalb und ausserhalb der Stadtverwaltung und sensibilisiert die Bevölkerung. Die Leistungen der FSEG können in die drei Bereiche Beratung, Wissensvermittlung und Vernetzung eingeteilt werden.

Per März 2021 wurden die Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention FSEG, die Suchtprävention sowie die beiden Jugendangebote Jump und Jumpina unter einer Abteilung zusammengefasst. Damit wurden die Kompetenzen im Bereich Sucht- und Gewaltprävention und Frühintervention in der Stadt Winterthur gebündelt und Synergien können besser genutzt werden. Institutionen wie Schulen und Vereine erhalten damit eine Ansprechstelle für Präventionsfragen.

Die im Jahr 2016 gegründete Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention FSEG wurde als eine der ersten Fachstellen zu diesem Thema in der Schweiz geschaffen. Nach der anspruchsvollen Aufbauphase hat sich die Stelle bei den Anspruchsgruppen in Winterthur, aber auch bei Schnittstellenpartnern auf Ebene Bund und Kantone und in anderen Städten etabliert. Das Winterthurer Modell, das die FSEG entwickelt hat und das auch das Netzwerk Extremismus und Gewaltprävention umfasst, wurde in diversen Berichten des Bundes zum Thema als exemplarisches Modell bezeichnet. Nach dieser erfolgreichen Pionierphase ist die Eingliederung der Fachstelle im fünften Jahr nach ihrer Gründung in die Abteilung Prävention und Frühintervention die folgerichtige organisatorische Entwicklung.

2. Beratung

Die FSEG bot in der Berichtsperiode vom 1. April 2020 bis 31. März 2021 in 52 Fällen Beratung rund um Radikalismus, Extremismus und Gewalt an. Dabei wurden verschiedene Kanäle genutzt: per Telefon, vor Ort oder Online, via E-Mail oder SMS.

52 Ratsuchende

Von den 52 Beratungen stammten 25 Anfragen von Fachpersonen, 16 von Privatpersonen (inklusive zivilgesellschaftliche Vereine oder Firmen) und 11 von Familienangehörigen.

Anfragen nach Kategorien

Bei 3 Anfragen standen universelle Fragen zu Religion und Politik im Zentrum. 43 Anfragen hatten mit risikogefährdeten Personen oder Gruppen zu tun. Hinweise auf Gewaltbereitschaft oder Selbstgefährdung waren noch nicht vorhanden, es bestanden aber Verhaltensweisen, die das Umfeld beunruhigten oder wodurch auf eine Radikalisierung geschlossen wurde. 6 Anfragen betrafen Personen, bei denen Hinweise für eine Gewaltbereitschaft oder Selbstgefährdung vorhanden war. In diesem sicherheitsrelevanten Bereich wurden weiterführende Massnahmen im Sinne des Bedrohungsmanagements eingeleitet oder die Polizei als Kooperationspartnerin einbezogen.

Anfragen nach Region

38 Anfragen stammten aus der Stadt Winterthur, 7 aus dem Kanton Zürich und 7 von ausserhalb des Kantons Zürich.

Alle Praxisbeispiele im Bericht sind anonymisiert und verfremdet.

Praxisbeispiel

Radikalisierung durch Videokonsum?

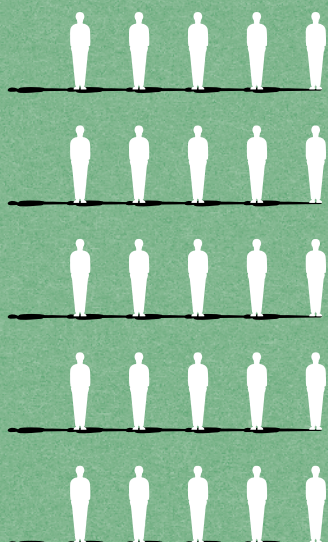
Eine Lehrperson, die für einen Verein als Freiwillige unterrichtet, meldet sich bei der FSEG. Einer ihrer Schüler fehle mehrmals pro Woche im Unterricht und sei stets sehr müde. Durch den Cousin des Schülers habe sie per Zufall erfahren, dass dieser nächtelang «Imamvideos» schaue. Früher sei er jedoch überhaupt nicht religiös gewesen. Um welche Art von Videos es sich dabei handle, sei unbekannt, Profilbilder des Schülers würden jedoch darauf hindeuten, dass er regelmässig an religiösen Veranstaltungen teilnehme.

Die ratsuchende Lehrperson hat Schwierigkeiten, die Situation des Schülers einzuschätzen: «Mein Anliegen, mit dem ich mich an Sie wende, ist: Wie kann ich in einer solchen Situation vorgehen? Wie kann ich den übermässigen Videokonsum ansprechen? Und inwiefern kann eventuell herausgefunden werden, ob es sich um «normale» Videos handelt und somit einfach der übermässige Konsum angegangen werden muss, oder ob es sich allenfalls um radikales Gedankengut handelt?»

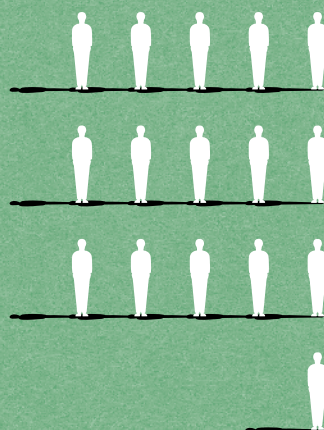
In zwei Beratungsgesprächen werden die Fragen der ratsuchenden Person beantwortet, die Situation eingeschätzt und das weitere Vorgehen besprochen. Die FSEG empfiehlt, mit der Bezugsperson des Schülers Kontakt aufzunehmen. Eine Radikalisierung steht nicht im Vordergrund, der junge Mann scheint vielmehr die Tagesstruktur verloren zu haben. Dennoch ist es wichtig, die allgemeine Sorge um die Person ernst zu nehmen und bei der fallführenden Person der Sozialberatung zu deponieren. Zur weiteren Einschätzung analysiert die FSEG die Profilbilder des Mannes. Die vertiefte Analyse der Bilder ergibt, dass der Schüler sich in einer schiitischen Religionsgemeinschaft bewegt. Die Bilder lassen nicht auf eine islamistische Radikalisierung schliessen, sondern auf eine Teilnahme am jährlichen Ashuratag, dem Gedenktag zum Martyrium von Hussain, dem Enkel des Propheten Muhammad.



52 Ratsuchende



25 Fachpersonen



16 Privatpersonen



11 Angehörige



Anfragen nach Region:

38 Stadt Winterthur

07 Kanton Zürich

07 Ausserhalb

Praxisbeispiel

15-Jähriger mit Gewaltneigung

Die Psychotherapeutin eines Jugendlichen stellt im Rahmen der Therapiegespräche Rachefantasien und Gewaltbereitschaft bei ihrem Klienten fest. Für eine nähere Einschätzung holt sie sich Rat bei der FSEG. Nach einem Telefongespräch, das eine Ersteinschätzung der Lebenslage und des Gewaltpotenzials des Jugendlichen beinhaltet, wird klar, dass noch weitere Abklärungen für eine fundierte Einschätzung gemacht werden müssen. Falls die Therapeutin nach diesen Abklärungen polizeiliche Unterstützung benötigt, vermittelt die FSEG eine direkte Ansprechperson im Rahmen des kantonalen Bedrohungsmanagements. Da der Jugendliche in Winterthur eine Schule besucht, jedoch ausserhalb der Stadt wohnhaft ist, wird der Fachfrau der Kontakt zur zuständigen Person der Kantonspolizei Zürich vermittelt. Bei weiterführenden Fragen ausserhalb des Sicherheitsbereiches kann sich die Therapeutin weiterhin von der FSEG beraten lassen.

Praxisbeispiel

Kollege verfällt Verschwörungstheorien

Ein junger Mann meldet sich. Er sorgt sich um einen guten Freund, der in letzter Zeit zunehmend verschwörungstheoretische Medieninhalte konsumiert, teils mit rechtsextremem Hintergrund, und diese Standpunkte immer stärker vertritt. Sein Freund habe sich in der letzten Zeit sehr stark verändert. Früher geliebten Hobbys gehe er nicht mehr nach und er äussere sich sehr abschätzig gegenüber Mitmenschen, die nicht sein Weltbild teilen. So kam es dazu, dass er sich zunehmend mit gleichdenkenden Personen in einer neuen Gruppierung trifft und Kontakte zu früheren Freunden abbreche. Gewaltverherrlichende Aussagen mache der Freund zwar nicht, er erstarre aber zunehmend in seinen absoluten Ideen und mache auch antisemitische (judenfeindliche) Äusserungen. Der Ratsuchende weiss nun nicht genau, wie er sich verhalten soll. Wie soll er auf die Äusserungen des Freundes reagieren? Soll er mit der Familie des Freundes Kontakt aufnehmen, und sich mit ihr über die Beobachtungen austauschen? Wie stark soll er sich überhaupt in der Sache engagieren?

Die FSEG macht mit dem jungen Mann eine Situationsanalyse und klärt mit ihm seine Rolle und Position im Konflikt. Es ist zwar richtig, dass der Ratsuchende auf die judenfeindlichen Äusserungen reagiert und einen klaren Standpunkt gegen rassistische oder extremistische Äusserungen einnimmt, dennoch wäre eine Kontaktaufnahme mit der Familie verfrüht, weil sehr schwer abzuschätzen ist, was dieses Eindringen in die intime Privatsphäre des Freundes für die Beziehung bedeuten würde. Die FSEG bespricht mit dem Ratsuchenden, auf welche Weise er mit seinem Freund Kontakt halten kann und wie er die geäusserten Verschwörungsmymen kontern könnte. Der Ratsuchende ist entlastet und froh um den vertraulichen Austausch.

Die grosse Mehrheit der Fälle, welche die FSEG bislang bearbeitet hat, hatte kein akutes Gefährdungspotenzial. Falls die Gefährdungsanalyse einen Missstand oder ein Risiko feststellt, sind die Verantwortlichkeiten klar geregelt. Je nach Situation stehen verschiedene Massnahmen zur Verfügung. So sind disziplinarische, zivilrechtliche (Kindes- und Erwachsenenschutz), psychiatrische (z. B. psychiatrische Abklärungen und Fürsorgerische Unterbringungen) sowie strafrechtliche Massnahmen (Strafverfolgung) möglich. Auch bewährt haben sich in diesem Zusammenhang grenzziehende Ansprachen der Abteilung Gewaltschutz der Stadtpolizei, sogenannte Gefährderansprachen.

Die Interventionen der FSEG umfassen hauptsächlich Beratungen, Situationsanalysen, Gespräche mit dem Umfeld von potenziell gefährdeten Personen, Abklärungen und Triage. Es gilt, Situationen einzuschätzen, Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten und unter Umständen besorgte Angehörige zu beruhigen. Das Ziel der Beratungen ist, Gewalt oder Selbstgefährdung frühzeitig zu erkennen und wenn immer möglich zu verhindern. Dafür hat die Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention ein multidisziplinäres Netzwerk aufgebaut und darin über extremistische Radikalisierungstendenzen sensibilisiert.

3. Wissensvermittlung

Die Sensibilisierung und Information von verschiedenen Anspruchsgruppen ist ein substanzieller Pfeiler der Prävention von Radikalismus, Extremismus und Gewalt. In der Berichtsperiode vermittelte die Fachstelle in 18 Seminaren, Workshops, Referaten, Interviews und Projekten ihr Erfahrungs- und Fachwissen in diesen Bereichen. Neben den Beratungen ist eine zentrale Aufgabe der FSEG, das Fachwissen bezüglich Extremismus innerhalb der Stadtverwaltung zu bündeln und dieses Wissen den Fachpersonen sowie der Gesamtbevölkerung von Winterthur zugänglich zu machen.

Praxisbeispiel

«Erstes Winterthurer Präventionsforum»

Die Stadt Winterthur gilt als eine der sichersten grossen Städte in der Schweiz. Auch dank der Initiative von Winterthurer Vereinen und Organisationen aus dem Sport-, Kultur- und Religionsbereich ist die Stadt zu einer schweizweiten Vorreiterin in der Prävention von Gewalt und Extremismus geworden. Im September 2020 wurden Vertreterinnen und Vertreter von Winterthurer Vereinen zum ersten Winterthurer Präventionsforum eingeladen. Es widmete sich dem Thema: «Umgang mit Gewalt und Extremismus». Die Vorstandsmitglieder und Sicherheitsbeauftragten der Vereine wurden mit drei Impulsreferaten im Umgang mit Gewalt und Extremismus gestärkt. Die Erkenntnisse aus den Referaten wurden im Rahmen des Podiums «Vernetzung als Schlüssel für lokale Gewaltprävention» angeregt diskutiert. Aus den Impulsreferaten lassen sich folgende Kernbotschaften festhalten:

- **Gewaltprävention durch Kommunikation**

Die zielgerichtete und klare Kommunikation gegen innen und aussen, klare Statements gegen Gewalt und Extremismus sowie der bewusste Umgang mit Medien im Krisenfall können gelernt werden. Die Verantwortung für die Kommunikation muss einer Person zugewiesen werden. Klare Statements stärken die Grundhaltung für Respekt und Vielfalt und gegen Diskriminierung und Gewalt.

- **Sicherheit rund um die Vereinslokalität**

Mit der Sicherheit in Vereinslokalen soll man sich aktiv auseinandersetzen und Schwachstellen wenn nötig mit Fachspezialistinnen oder -spezialisten überprüfen, um Risiken zu vermindern. Die Kantonspolizei Zürich bietet eine kostenlose und unabhängige Sicherheitsberatung an.

- **Umgang mit bedrohlichen Personen**

Der Umgang mit bedrohlichen Personen ist für die oft ehrenamtlich oder freiwillig tätigen Vereinsfunktionärinnen und -funktionäre ein äusserst sensibles und komplexes Thema. Es ist auch hier sinnvoll, in jeder Organisation eine Ansprechperson zu definieren, die für das Thema verantwortlich ist, und wo nötig über die FSEG oder die Gewaltschutzabteilung der Stadtpolizei Unterstützung zu holen.

Neben dem inhaltlichen Wissenszuwachs brachte das Forum engagierte Personen aus Winterthur zusammen: Vorstandsmitglieder und Sicherheitsbeauftragte, die daran interessiert sind, für ein friedliches und vielfältiges Winterthur einzustehen und sich gegen Gewalt und Extremismus zu engagieren. Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter aus Vereinen nahmen an der Veranstaltung teil, die künftig jährlich wiederholt werden soll.

«Wer für alles offen ist, ist nicht ganz dicht; wer für nichts mehr offen ist, ist dogmatisch erstarrt.»

Michael Schmidt-Salomon

Fokusbericht: 11 Merkmale problematischer Gruppen

«Wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen», beschrieb der österreichisch-britische Philosoph Karl Popper das Toleranz-Paradox in seinem Buch «Die offene Gesellschaft und ihre Feinde». Etwas milder sieht das sein deutscher Berufskollege Michael Schmidt-Salomon, der einer offenen und liberalen Gesellschaft eine gewisse Toleranz zumuten möchte: «Auch, wenn es schwerfällt, Rechtsextreme, Rassisten, Islamisten als gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder zu betrachten, gerade darin liegt das Wesen der Toleranz – sie ist eine Last, die zu ertragen ist.»

Genau in diesem Spannungsfeld bewegt sich die strategische Ausrichtung der Winterthurer Extremismusprävention. Die verschiedenen Akteure im Präventions- und Sicherheitsbereich orientieren sich an der sogenannten «Roten Linie», der Grenze zwischen legalem und illegalem Extremismus. Radikale Gedanken und Verstösse gegen ungeschriebene soziale Normen sind grundrechtlich durch die Meinungsäusserungsfreiheit geschützt und darum legal. Illegaler Extremismus äussert sich in Form von Drohungen oder Gewalt, in der Unterstützung von Terrororganisationen oder mit Verstössen gegen das Gesetz. Doch Extremismusprävention möchte auch problematischen Entwicklungen vorbeugen, ohne dabei nur illegales Handeln im Blick zu haben. Während das Überschreiten der «Roten Linie» unter keinen Umständen toleriert werden darf, gilt es, Haltungen zu akzeptieren, falls sie den Prinzipien einer offenen Winterthurer Gesellschaft entsprechen. Daneben gibt es aber auch Haltungen, die «nur» zu tolerieren sind, weil sie die Funktionstüchtigkeit einer Gesellschaft nicht akut gefährden, und dennoch inakzeptabel sind.

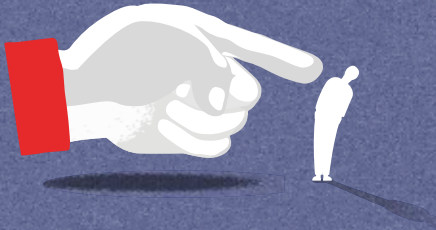
Praxisbeispiel: Was sind Merkmale problematischer Gruppen?

Für die Kerngruppe Extremismus und Gewaltprävention stellte sich aus dieser Fragestellung die Aufgabe, problematische Merkmale religiöser und politischer Gruppierungen zu identifizieren, die sich ausserhalb des inakzeptablen illegalen Bereiches von Extremismus bewegen. Die Kerngruppe hat 11 Merkmale problematischer Gruppierungen zusammengetragen, die auf der folgenden Doppelseite illustriert sind. Viele der einzelnen Merkmale sind an sich nicht Verstösse gegen das Gesetz oder illegal, widersprechen jedoch den Werten einer offenen und liberalen Gesellschaft und können eine ernsthafte Gefahr werden, wenn sie überhandnehmen.

11 Merkmale problematischer Gruppen

Wenn bei einer Gruppierung eines dieser Merkmale vorliegt, ist Vorsicht geboten. Je mehr Merkmale zutreffen, desto problematischer ist die Gruppierung.

1



Diskriminierung

Diskriminierung von Menschen nach Herkunft, Aussehen, Geschlecht, Weltanschauung, Religion oder sexueller Orientierung.

2



Drohungen

Die Gruppe setzt Drohbotschaften ein, um die Mitglieder auf Linie zu halten, etwa indem Aussteigern ein schlimmes Schicksal angekündigt wird.

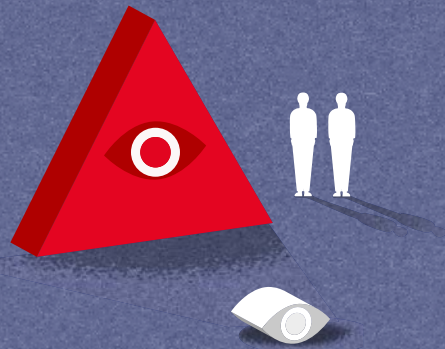
3



Allheilmittel und Paradies

Die Gruppe macht Versprechungen und bietet Methoden an, die angeblich alle möglichen Leiden und Probleme beheben soll.

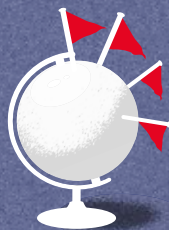
4



Verschwörungstheorien

Die Gruppe greift zu Verschwörungstheorien, wenn die Welt sich nicht so präsentiert, wie sie es nach der Lehre der Gruppe tun müsste.

5



Weltherrschaftspläne und Absolutheitsanspruch

Die Gruppe strebt die Ablösung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung durch eine Welt unter ihrer Herrschaft und nach ihren Regeln an. Der Einsatz von Gewalt ist eine Option.

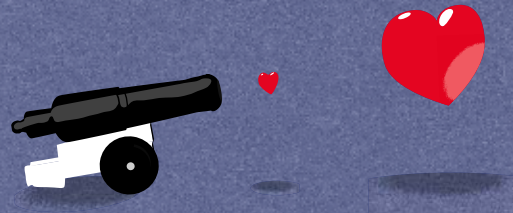
6



Überwachung und Kontrolle

Die Gruppe kontrolliert ihre Mitglieder, sei es durch die enge Führung, durch gegenseitige Bespitzelung oder gar durch einen internen Geheimdienst.

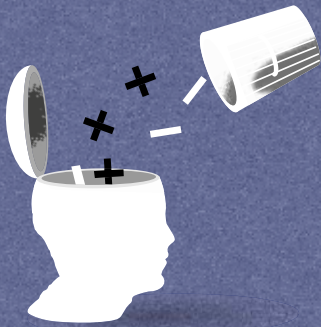
7



Love bombing

Interessenten werden mit Komplimenten und Zuneigung überschüttet, so dass der Eindruck entsteht, die bestmöglichen Freunde gefunden zu haben. Oder sie werden als Auserwählte und besonders Talentierte dargestellt. Mit der Zeit muss die Zuwendung verdient werden.

8



Schwarz-Weiss-Denken

Die Gruppe lehrt, dass nur die Menschen gerettet werden, die der Gemeinschaft folgen.

9



Meidung von Aussteigern

Menschen, die der Gruppe den Rücken gekehrt haben, gelten als Abtrünnige und Verräter. Den Mitgliedern wird jeglicher Kontakt zu ehemaligen Anhängern strikte verboten.

10



Doppelgesicht

Die Gruppe präsentiert sich gegen aussen komplett anders als gegen innen. Die Selbstdarstellung in der Werbung hat mit der inneren Realität wenig gemein.

11



Tradiertes Rollenbild

Die Gruppe sieht für Frauen und Männer tradierte Rollen vor. Männer und Frauen werden prinzipiell nicht gleichberechtigt behandelt.

4. Vernetzung und Wissensmanagement

Für komplexe Fragen- und Problemstellungen sind laufende Vernetzungen, ein guter Informationsfluss und das Wissensmanagement zentral. Die FSEG hat sich schon früh für die Arbeit an Problemlösungen mit Wissensträgern und Stellen vernetzt, in der Stadt Winterthur, kantonale, aber auch schweizweit und international. Für insgesamt zwölf laufende Vernetzungsgremien stehen exemplarisch die folgenden drei Beispiele auf den Ebenen der Stadt Winterthur, des Kantons Zürich und mit Einsitz in den Beirat eines deutschschweizweiten Forschungsprojektes.

Praxisbeispiel

Pilotprojekt: Runder Tisch Gewaltprävention Seen-Mattenbach

Eine Schwäche von zentralisierten Präventionsdiensten ist, dass die lokalen Bedürfnisse zu wenig in die Präventionsstrategien einfließen. Dies führt dazu, dass beispielsweise aus der Wahrnehmung der Schulen aktuelle Probleme eher verwaltet als gelöst werden. Die Bedürfnisse können aber von Ort zu Ort unterschiedlich sein. Der «Runde Tisch Gewaltprävention Mattenbach-Gutschick» hat zum Ziel, ortsfokussiert möglichst effiziente Gewaltpräventionsmassnahmen zu entwickeln. Akteure aus den Bereichen Jugendarbeit, Schule, Jugendpolizei, Schulsozialarbeit und Prävention vernetzen sich und erarbeiten gemeinsame Vorgehensweisen, abgestimmt auf die Bedürfnisse im Quartier. Darüber hinaus können allgemeine Trends im Gewaltbereich am Runden Tisch eingebracht werden. Je nach Bedarf werden daraus koordinierte Präventionsmassnahmen abgeleitet. Die Leitung des runden Tisches liegt bei Martha Jakob, Schulpflegepräsidentin Mattenbach-Seen, wobei die FSEG die Geschäftsführung übernimmt und so administrativ unterstützt. Im Berichtszeitraum wurden zwei Runde Tische durchgeführt.

Beispiele von ersten konkreten Massnahmen sind:

Vernetzung der Schulen mit der Jugendpolizei im Bereich Prävention

Müssen aufgrund von Gewaltvorkommnissen verhaltensauffällige Schülerinnen oder Schüler für eine gewisse Zeit separat beschult werden, lernen diese während eines Time-outs automatisch den zuständigen Jugendpolizisten kennen, der in der Gewaltprävention fachlich ausgebildet ist. Gleichzeitig erfahren die betroffenen Schülerinnen und Schüler durch die individualisierte Beschulung ihre Selbstwirksamkeit neu. Das Ziel ist, dass die Schule wieder als gewinnbringender Ort erlebt wird und eine Rückkehr in die Stammklasse möglich ist. Die Jugendpolizei kann sich auf diese Weise in der Prävention «Früherkennung und Nachsorge» bereits vor akuten Gewaltsituationen einbringen, zu den Jugendlichen eine Beziehung aufbauen und diese wo nötig längerfristig begleiten.

«Luegsch!» – Vandalismusprävention

Littering und Sachbeschädigungen sind ein zunehmendes Problem für die Hauswartungen und Schulhäuser, das grosse Umtriebe und hohe Kosten verursacht. Die FSEG erarbeitet für die Prävention von Vandalismus eine Doppellektion, um die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe für das Problem zu sensibilisieren und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Die Doppellektion wird in Kooperation mit der Kreisschulpflege, der Jugendpolizei und der betroffenen Schule evaluiert und bei Erfolg allen Schulen zugänglich gemacht.

Absentismus bei delinquenten Jugendlichen

Jugendliche, welche die Schule schwänzen und delinquentes Verhalten zeigen, sind schwierig zu erreichen und ihre Begleitung ist oft eine grosse Herausforderung. Häufig sind solche Jugendliche vor allem abends in Gruppen teils nächtelang unterwegs und tagsüber nicht ansprechbar. Der Runde Tisch Mattenbach-Gutschick möchte deshalb in einer Arbeitsgruppe prüfen, ob und wie ein zielführendes Case-Management für solche Situationen aufgebaut werden kann. Dazu gehört die Klärung von Schnittstellen, der Aufträge und Zusammenarbeit.

«In der Gewaltprävention soll
stadtweit verstärkt miteinander statt
nebeneinander gehandelt werden.»

Martha Jakob, Präsidentin Kreisschulpflege Mattenbach-Seen

Koordinationsgruppe Jugendgewalt des Kantons Zürich

Die FSEG ist seit ihrer Gründung Teil der Koordinationsgruppe Jugendgewalt, die vom Regierungsrat eingesetzt wurde, um die kantonalen Massnahmen in Bereich von Jugendgewalt besser miteinander zu koordinieren und zu verstärken. Aufgrund der nachweislich gestiegenen Jugendgewalt in den letzten zwei Jahren dürfte diesem Vernetzungsgremium eine wichtige Funktion zukommen. Während der Berichtsperiode wurde festgehalten, dass im Bereich der frühen Prävention die Unterstützung von Familien mit Mehrfachbelastungen ein wichtiger Ansatzpunkt ist. Des Weiteren haben soziale Angebote wie die Offene Jugendarbeit, die in Winterthur auch im Netzwerk Extremismus und Gewaltprävention vertreten ist, ein enormes Potenzial für die Gewaltprävention, das es auszuschöpfen gilt.

Beirat Forschungsprojekt: «Salafismus in der Deutschschweiz»

Der Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) unterstützt in Kooperation mit dem Bundesamt für Polizei fedpol neben der Winterthurer Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention auch wissenschaftliche Initiativen. Die Studie zu Salafismus in der deutschsprachigen Schweiz ist am Zentrum Religionsforschung (ZRF) der Universität Luzern angesiedelt und erforscht erstmals das Feld des Salafismus in der deutschsprachigen Schweiz. Die FSEG begleitet die Forschungsgruppe in einem Beirat und fördert so den wichtigen Austausch zwischen Praxis und Lehre. Bisher wird davon ausgegangen, dass Salafismus in der Schweiz ein breites Spektrum aufweist, das von friedlicheren Auslegungen religiöser Orthodoxie bis hin zu radikalen Einstellungen reichen kann.

Netzwerk Extremismus und Gewaltprävention

Winterthur steht für das gemeinsame Miteinander, wenn es darum geht, für komplexe Problemstellungen Lösungen zu finden, die breit abgestützt und von verschiedenen Akteuren interdisziplinär erreicht werden müssen. Das Winterthurer Netzwerk Extremismus und Gewaltprävention ist ein gutes Beispiel dafür. Es ist ein Forum für alle relevanten Akteure mit Bezug zum Thema. Die über zwanzig Akteure treffen sich zweimal jährlich zu einem Treffen. Neben dem Informationsaustausch und der Vernetzung wird jeweils ein Thema in Form eines Fachinputs vertieft.

1. Mit dem Fachreferat «Die neue alte Rechte: der Wandel im Rechtsextremismus» vom 24. September 2020 informierte sich das Winterthurer Netzwerk über die Ausprägungen und Formen von neuen rechtsextremen Strömungen, Bewegungen und Gruppen. Der «klassische» kahlgeschorene Neonazi mit Bomberjacke gerät in den Hintergrund. Neue Gruppierungen knüpfen mit passenden Angeboten an den Bedürfnissen von verschiedenen unzufriedenen Zielgruppen und Personen an, wobei die Vernetzung im digitalen Raum für die Verbreitung von rechtsextremem Gedankengut nochmals an Bedeutung gewonnen hat.
2. An der Netzwerkveranstaltung vom 25. März 2021 mit dem Fachreferat «Züras – die Anlaufstelle Rassismus» profitierte das Netzwerk von den Erfahrungen und der Vorstellung der Zürcher Anlaufstelle Rassismus Züras. Die Idee, Opfer von Diskriminierungen und Rassismus zu unterstützen und für Behörden und Verwaltung eine Melderoutine als seismographischer Gradmesser aufzubauen, ist wertvoll. Die im Jahr 2019 installierte Anlaufstelle steht für die Bevölkerung des gesamten Kanton Zürich zur Verfügung.

Kerngruppe Extremismus und Gewaltprävention

Die Kerngruppe ist ein Gefäss für den schnellen Austausch zwischen den städtischen Departementen Kulturelles und Dienste (DKD), Sicherheit und Umwelt (DSU) sowie Soziales (DSO). Sie besteht aus der Fachstelle Brückenbauer, der Fachstelle Integrationsförderung und der Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention. Im Berichtszeitraum fanden sieben Kerngruppensitzungen statt.

Die Themen der Kerngruppensitzungen waren:

- Bundesverordnung Schutz von Minderheiten.
- Verschiedene politische Anfragen und Interpellationen, die einem Kerngruppenmitglied zugewiesen wurden.
- Inhaltliche und thematische Vorbereitung der zwei Netzwerkveranstaltungen.
- Gegenseitiger Informationsaustausch zu aktuellen Projekten und Massnahmen.
- Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von Integration, Prävention und Sicherheit.
- Spezifischer Informationsaustausch über neue politische, kulturelle und/oder religiöse Gruppierungen, Bewegungen und Strömungen in und um Winterthur.

5. Ausblick

Früherkennung und Frühintervention

Die Integration von Risikopersonen bleibt neben Sicherheitsmassnahmen ein wichtiger Schutzfaktor gegen Extremismus und Gewalt. Trotzdem ist die Integration kein Allheilmittel. Die grossen von Rechtsterroristen begangenen Massaker der letzten Jahre – Breivik 2011 in Utøya (Norwegen) und Tarrant 2019 in zwei Moscheen in Christchurch (Neuseeland) fanden in Staaten statt, in denen Inklusion sowie der Rechtsstaat doch ein relativ hohes Niveau erreicht haben und gut funktionieren. Diese Sachlage weist darauf hin, dass es für eine möglichst effektive Extremismusprävention neben auf Integration angelegten Angeboten auch weitere Bestrebungen in den Bereichen Früherkennung und Frühintervention braucht. Im Bereich der selektiven Prävention benötigt es dafür die uneingeschränkte Orientierung an den Risikogruppen. Ungünstige Entwicklungen und Gefährdungen von Personen sollen rechtzeitig erkannt werden, damit zu einem möglichst frühen Zeitpunkt verhältnismässige Massnahmen ergriffen werden könnten. Der methodischen Weiterentwicklung der Früherkennung und Frühintervention kommt in den nächsten Jahren eine entscheidende Rolle zu, wenn es darum geht, zielgerichtet Extremismus und Gewalt einzudämmen.

Sorgfältige Medienberichterstattung hilft lösungsorientierter Prävention

Im Berichtsjahr wurde sehr vielfältig über extremistische Themen und Gruppierungen berichtet. Die Stadt Winterthur stand dabei immer wieder im Fokus. Exemplarisch für fragwürdigere Medienbeiträge steht folgende Geschichte: In einem Artikel vom 17. Mai 2021 entlarvte der Tagesanzeiger ein im Deutweg-Areal stehender Baum, den er als «Hitler-Eiche» betitelte, als Treffpunkt der Winterthurer Islamismus-Szene. Dass sich Islamisten unter einem rassistischen Zeitzeichen treffen und die Stadtbehörde nur zuschaut, sorgte in der Folge in den Sozialen Medien und den Kommentarspalten für Empörung und eine rege Diskussion. Wenn die Eiche, im wirklichen Leben heisst sie Sonja und ist der Tochter des «Tössemer» Olympiasiegers Giorgio (Georges) Miez gewidmet, im angesprochenen Artikel differenziert kontextualisiert worden wäre, dann hätte das Bild der Eiche und der Umstand, dass sich durchaus auch problematische Gruppen im öffentlichen Raum bewegen, wohl sehr wenig Unterhaltungswert gehabt.

Derartige Artikel verursachen jeweils grossen Arbeitsaufwand für die FSEG sowie ihre Partner aus der Kerngruppe Extremismus und Gewaltprävention und der Stadtverwaltung. So müssen vermehrt Anrufe aus der Bevölkerung oder politische Anfragen beantwortet werden. Diese Zeit geht der zielgerichteten Extremismusprävention ab.

Das Thema Extremismus ist auch im Jahr 2021 ein gesellschaftliches Problem, das auch in der Auseinandersetzung mit von historischen Ereignissen bearbeitet werden muss. Moralische Kreuzzüge gegen Behörden und die Zuspitzung von fragwürdigen Narrativen schaden der Ursachenbekämpfung häufig. Was zählt, ist das gemeinsame Vorgehen von Zivilgesellschaft, staatlichen Behörden und Medien, damit Extremismus dort verhindert werden kann, wo er entsteht: in der Mitte der Gesellschaft.

«Das Brennholz unter dem Kessel wegziehen.»

Chinesisches Strategem



Umgang mit Jugendgewalt

Die Zahl der Jugenddelikte war im Jahr 2020 so gross wie seit zehn Jahren nicht mehr. Gemäss der Schweizerischen Kriminalstatistik wurden deutlich mehr Jugendliche bei Delikten erwischt, wobei Tötlichkeiten und schwere Gewaltstraftaten zugenommen haben. Dass Phänomene im Gewaltbereich eng mit dem sozialen und kulturellen Wandel von Gesellschaften verknüpft sind, ist nichts Neues. Dass sich gewisse Gewaltphänomene wie Jugendgewalt periodisch oder wellenförmig als Trends bewegen, zeigt die Geschichte. Im Bereich der Extremismusprävention hat die Stadt Winterthur gute Erfahrungen mit abgestimmtem und vernetztem Handeln gemacht. Wenn im Bereich der Jugendgewalt die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren aus dem Sozial- und Sicherheitsbereich weiter verbessert werden kann und mit der Schaffung von ortsfokussierten Kooperationsmodellen die Sozialräume in den Quartieren besser in den Blick genommen werden, kann ein wesentlicher Beitrag zu einem sicheren und friedlichen Winterthur, auch für unsere Jugendlichen, geleistet werden.

Die Propaganda der Tat

Mit Aktionen und Taten, wie zum Beispiel der von Rechtsextremisten mit Hitlerfotos und pornografischen Darstellungen attackierten jüdischen Online-Gemeindeversammlung, wollen extremistische Gruppierungen die Gesellschaft aufrütteln und bei der Bevölkerung und potenziellen Mitstreitern und Mitstreiterinnen Sympathien für ihre Sache wecken. Die Gruppen setzen sich dabei zunehmend flüchtig zusammen und sind so sehr agil. Darum muss künftig dem Monitoring und der Beobachtung der Entwicklung solcher Gruppierungen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Für Extremismusfachstellen ist es dabei wichtig, das Umfeld und die Angehörigen der Mitglieder dieser Gruppen einfühlsam zu unterstützen und zu begleiten, damit Extremisten und Extremistinnen für einen eventuellen Ausstieg ein alternatives Milieu zur Verfügung haben. Auf der präventiven Ebene müssen die Ideologien und Weltbilder, die oft mit jugendgerechter Sprache und Aktionen verbreitet werden, geächtet, falsifiziert und entmystifiziert werden.

FSEG – Wandel als Konstante

Seit nunmehr bald fünf Jahren setzt die Stadt Winterthur auf institutionalisierte Extremismus- und Gewaltprävention mit dem übergeordneten Netzwerk, der Kerngruppe und der Fachstelle als Angelpunkte. In den bald fünf Jahren seit der Gründung der FSEG im Oktober 2016 haben die verschiedenen Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner in diesem oft komplexen Thema an Orientierung und Sicherheit gewonnen. Innerhalb des Netzwerkes bestehen klare Ziele und eine gemeinsame Vision, wie gegen Extremismus und Gewalt vorgegangen werden soll. Dazu gehören klare Rollenaufteilungen und Entscheidungen in heiklen Situationen, wie an Beispielen mit der «Roten Linie» zwischen legalem und illegalem Extremismus illustriert wurde. Auch für neue Bewegungen, extremistische Strömungen und den Umgang mit neu auftauchenden problematischen Gruppierungen sind klare Prozesse und eine disziplinierte Haltung zentral. Wenn sich das Netzwerk nicht immer wieder erneuert und auf gesellschaftliche Veränderungen eingehen kann, besteht die Gefahr, dass es durch neue Trends überfordert wird und so die eigentlich gut angelegte Vernetzungsstruktur zu oberflächlich und nicht mehr zielgerichtet ist. Ständige Offenheit für Anpassung und Erneuerung ist daher ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Prävention, denn der gesellschaftliche Wandel ist die einzige Konstante.

Weiterführende Informationen

Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention der
Stadt Winterthur

www.stadt.winterthur.ch/fseg

Brückenbauer der Stadtpolizei Winterthur

www.stadt.winterthur.ch/polizei/brueckenbauer

Fachstelle Integrationsförderung Winterthur

www.stadt.winterthur.ch/integration

Fachstelle für Integrationsfragen des Kantons Zürich

www.integration.zh.ch

Kantonales Bedrohungsmanagement

www.kbm.zh.ch

Koordinationsgruppe Jugendgewalt des Kantons
Zürich

www.zh.ch/de/bildungsdirektion/generalsekretariat-der-bildungsdirektion/koordinationsgruppe-jugendgewalt.html

Interventionsstelle gegen Radikalisierung und
gewalttätigen Extremismus (IRE)

www.zh.ch/extremismus

Schweizerische Kriminalprävention (skppsc)

www.skppsc.ch

Nationaler Aktionsplan zur Verhinderung und
Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem
Extremismus (NAP)

www.svs.admin.ch/de/themen-/praevention-radikalisierung/praevention-nap.html

Impressum

Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention
Technikumstrasse 1
8403 Winterthur
T +41 52 267 23 23
fseg@win.ch
stadt.winterthur.ch/fseg

Unterstützt durch das Nationale Impulsprogramm zur Umsetzung
des Nationalen Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von
Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (NAP)

Illustration und Gestaltung:
Julien Duc
www.julienduc.ch

© 2021 Stadt Winterthur

